

Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch (HKJGB)

KOMMENTAR

von Ass. jur. Michael Hofmeister, Hessischer Städtetag, Wiesbaden

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	7
Literaturverzeichnis	9
Einführung	11
Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch – Text –	19
Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch – Kommentar –	47
ERSTER TEIL: ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN	47
§ 1 Jugendhilfe	48
§ 2 Beteiligung von jungen Menschen und Familien	54
§ 3 Freie und öffentliche Jugendhilfe	56
§ 4 Aufgaben des Landes, Sozialberichterstattung	60
§ 5 Örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Jugendamt	63
§ 6 Jugendhilfeausschuss	69
§ 7 Oberste Landesjugendbehörde, überörtlicher Träger der öffentlichen Jugendhilfe, Landesjugendamt	81
§ 7a Aufsicht	85
§ 8 Landesjugendhilfeausschuss	86
§ 9 Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses	90
§ 10 Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe	92
§ 11 Landeswohlfahrtsverband Hessen als Träger von Einrichtungen und Diensten	95
§ 12 Jugendhilfeplanung	98
§ 13 Pflegeerlaubnis	102
§ 14 Aufsicht des Familiengerichts	104

	Seite
§ 15 Mitwirkung des Jugendamtes bei dem Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen	105
§ 16 Fortbildung und Beratung für Einrichtungen	107
§ 17 Vereinbarungen über die Höhe der Kosten	111
§ 18 Meldepflichten von Einrichtungen	113
§ 19 Grundsätze der Landesförderung	113
§ 20 Förderung von Angeboten der Jugendhilfe	115
§ 21 Modellversuche	117
§ 22 Förderung besonderer Angebote der Hilfe zur Erziehung, der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit seelischer Behinderung und der Hilfe für junge Volljährige	118
§ 23 Zuständigkeit bei Maßnahmen für junge Menschen mit Mehrfachbehinderungen und bei Maßnahmen der Frühförderung für Kinder	120
§ 24 Sonstige Zuständigkeitsbestimmungen	124
ZWEITER TEIL: TAGESEINRICHTUNGEN FÜR KINDER, KINDERTAGESPFLEGE	125
§ 25 Tageseinrichtungen für Kinder	126
§ 25a Rahmenbedingungen für den Betrieb	132
§ 25b Fachkräfte	132
§ 25c Personeller Bedarf	134
§ 25d Größe und Zusammensetzung einer Gruppe	136
§ 26 Aufgaben	138
§ 27 Elternbeteiligung, Elternversammlung und Elternbeirat	141
§ 28 Kostenausgleich	145
§ 29 Kindertagespflege	156
§ 30 Bedarfsplan und Sicherstellung des Angebots	164
§ 31 Teilnahmebeiträge und Kostenbeiträge	173
§ 32 Landesförderung für Tageseinrichtungen	177
§ 32a Landesförderung für Kindertagespflege	183
§ 32b Landesförderung für Fachberatung	186
§ 32c Landesförderung für die Freistellung von Teilnahme- oder Kostenbeitrag	188
§ 32d Investive Landesförderung	190
§ 32e Landesförderung zur Begleitung und Weiterentwicklung frühkindlicher Bildungsangebote	191
§ 33 Auskunftspflicht und Statistik	192
§ 34 Ermächtigungen	193
DRITTER TEIL: AUSSERSCHULISCHE JUGENDBILDUNG	195
§ 35 Inhalte und Aufgaben der außerschulischen Jugendbildung	196

	Seite
§ 36 Träger der außerschulischen Jugendbildung	197
§ 37 Voraussetzungen für die Förderung	199
§ 38 Arbeitsgemeinschaften für außerschulische Jugendbildung	201
§ 39 Finanzierung, Verteilung der Mittel	202
§ 40 Berichtspflicht	204
§ 41 Zuständigkeit für den Erlass von Rechtsverordnungen	204
VIERTER TEIL: EHRENAMT IN DER JUGENDARBEIT	205
§ 42 Anspruch auf Freistellung	205
§ 43 Dauer der Freistellung	207
§ 44 Antragstellung	207
§ 45 Nachteilsverbot	208
§ 46 Verhältnis zu anderen Bestimmungen	209
§ 47 Kostenerstattung	209
FÜNFTER TEIL: AUSFÜHRUNG DES JUGENDSCHUTZGESETZES	210
§ 48 Bestimmung der zuständigen Behörden	212
§ 49 Aufgaben der Polizeibehörden	213
§ 50 Zusammenarbeit mit den Jugendämtern	215
SECHSTER TEIL: AUSFÜHRUNG DES UNTERHALTSVORSCHUSSGESETZES	218
§ 51 Zuständige Behörde	219
§ 52 Aufbringung der Mittel	221
§ 53 Verfahren und Zahlungsweise	221
§ 54 Geltendmachung von Ansprüchen, Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen	222
§ 55 Zuständigkeit bei Ordnungswidrigkeiten	223
§ 56 Ermächtigungen	223
§ 57 Übergangsvorschriften	223
SIEBENTER TEIL: SCHLUSSBESTIMMUNG	224
§ 58 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	224

Anhang

1. Verordnung über Mindestvoraussetzungen in Tageseinrichtungen für Kinder	225
2. Verordnung zur Ausführung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches und über Zuständigkeiten nach dem Jugendschutzgesetz	227
3. Verwaltungsvorschriften, Förderbestimmungen	233
3.1 Richtlinie für die Förderung sozialer Gemeinschaftseinrichtungen und nicht-investiver sozialer Maßnahmen – Investitions- und Maßnahmenförderungsrichtlinie (IMFR)	233

	Seite
3.1.1 Antrag auf Gewährung einer Zuwendung	243
3.2 Grundsätze zur Förderung der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund in Kinderhorten	247
3.3 Rahmenvereinbarung Angebote für Kinder mit Behinderung vom vollendeten 3. Lebensjahr bis Schuleintritt in Tageseinrichtungen für Kinder (Rahmenvereinbarung Integrationsplatz)	249
3.4 Fach- und Förderungsgrundsätze zum Landesprogramm „Sprachförderung im Kindergartenalter“	263
3.5 Antrag auf Kostenerstattung für die Inanspruchnahme einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers beziehungsweise einer Kommunikationshelferin oder eines Kommunikationshelfers für die Deutsche Gebärdensprache	267
3.6 Fach- und Fördergrundsätze zur Sicherung von im Bestand geschützten Plätzen in Kinderhorten und sonstigen Angeboten der Schulkinderbetreuung	271
4. Fachliche Empfehlungen	273
4.1 Grundsätze pädagogischer Arbeit in Tageseinrichtungen für Kinder in Hessen	273
4.2 Empfehlungen zur Bildung von altersstufenübergreifender Gruppen in Hessen	277
4.3 Fachliche Handlungsanweisungen für die Frühförderung behinderter und von Behinderung bedrohter sowie entwicklungsgefährdeter oder entwicklungsverzögerter Kinder	283
5. Muster	293
5.1 Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum § 28 HKJGB (Muster)	293
5.2 Satzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt/Gemeinde	295
5.3 Gebührensatzung über die Benutzung der Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt/Gemeinde	299
5.4 Satzung über die Bildung und Aufgaben von Elternversammlung und Elternbeirat für die Tageseinrichtungen für Kinder der Stadt/Gemeinde	303
5.5 Betreuungsvertrag für die Betreuung in Tageseinrichtungen für Kinder	307
5.6 Betreuungsvertrag zur Tagespflege	313
6. Rahmenvereinbarungen, Selbstverpflichtungen	317
6.1 Bündnis der Hessischen Landesregierung mit den Kommunen und dem Hotel- und Gaststättenverband zur Bekämpfung der Phänomene „Flatrate-Partys“ und „Koma-Saufen“	317
6.2 Rahmenvereinbarung zwischen dem Hessischen Städtetag, dem Hessischen Landkreistag und dem Land Hessen vom 21. 12. 2000 zur Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendhilfeverwaltung in Hessen	319
Stichwortverzeichnis	323